

CAROLA BLUHM, UDO WOLF UND HALINA WAWZYNIAK

DÉJÀ-VU IN DER 4. WELLE – AUFKLÄRUNG STATT VERKLEISTE- RUNG VON WIDERSPRÜCHEN

Erneut wird die bundesdeutsche Gesellschaft und mit ihr DIE LINKE relativ unvorbereitet von der jahreszeitlich und durch Virusvarianten forcierten Pandemie hart getroffen. Unvorbereitet vor allem deshalb, weil trotz fast zwei Jahren Pandemie die infrastrukturelle Daseinsvorsorge in Form resilienter Strukturen nicht ertüchtigt und die absehbare 4. Welle der Pandemie politisch ignoriert wurde. Nur ein Prozent der Wähler*innen erhofft sich mit Blick auf die Pandemiebekämpfung etwas von der Partei DIE LINKE. Gesellschaft und Diskussion über Schnelligkeit, Härte und Sinnhaftigkeit von Maßnahmen sind stark polarisiert. So auch die Partei.

Häufige Strategiewechsel in der Pandemiebekämpfung und die Wellenbewegung über nun absehbar mindestens zwei Jahre befördern den «sozialen Tod» der Pandemie ohne sie in der Substanz beenden zu können. Neben den Extrempositionen in der Gesellschaft wird die Gruppe der Resignierten und Pandemiemüden, also derjenigen die sich individuell durch die Einschränkungen mogeln, immer größer. Verschwörungstheorien sind ebenso wie Sündenbockdiskurse das mal lautere und mal leisere Hintergrundrauschen aller Diskurse zum Thema. Begleitet wird dies durch eine völlige Unklarheit, worum es bei der Pandemiebekämpfung geht: Überlastung des Gesundheitswesens oder jede Ansteckung verhindern? Je nach Stand der Pandemie gibt es den Wettbewerb, wer am meisten lockert oder am heftigsten einschränkt. Der Phantasie, insbesondere bei letzterem, sind kaum noch Grenzen gesetzt. Eine innere Logik sowohl bei Lockerung als auch bei Einschränkung ist nicht erkennbar, ebenso wenig eine Evaluierung, bevor ein Schritt weitergegangen wird.

DIE PANDEMIE IST ENTWEDER GLOBAL IN DEN GRIFF ZU BEKOMMEN ODER GAR NICHT

Die Strategiewechsel in der Pandemiebekämpfung waren und sind in erster Linie Ausdruck von Hilflosigkeit, unbegründeter Hoffnung und mangelnder Kenntnis über das Virus und seiner Pathogenität in einer globalisierten Welt. Nach den erschreckenden Bildern von Bergamo, der drohenden Triage in einem gnadenlos überlasteten Gesundheitssystem in Ländern des hochentwickelten kapitalistischen Nordens, war der erste Reflex: «Flatten the Curve». Die Geschwindigkeit der Ausbreitung des Virus sollte verlangsamt werden,

um sich Zeit zu erkaufen, damit alle Menschen, die es benötigen, eine adäquate Behandlung bekommen können. Selbstverständlich war das verbunden mit der Ansage, sowohl das Gesundheitssystem (hier insbesondere die Krankenhäuser und da die Intensivstationen) zu ertüchtigen und gleichzeitig die Medikamenten- und Impfstoffforschung zu forcieren. Das war richtig, wenngleich die Einzelmaßnahmen hinsichtlich Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit in vielen Fällen wenigstens zweifelhaft waren. Demokratische, freiheitsrechtliche und soziale Kollateralschäden wurden allzu leichtfertig mit Verweis auf ein vermeintlich existierendes «Supergrundrecht Gesundheitsschutz» billigend in Kauf genommen.

«Flatten the Curve» wurde von den wenigsten Wissenschaftler*innen (soweit unser Kenntnisstand) so verstanden, dass eine vollständige Vermeidung von Infektion und schwerem Krankheitsverlauf zu bewerkstelligen sei. Dennoch hat sich schnell, mit den ersten sich andeutenden Erfolgen in der Impfstoffentwicklung, die Idee festgesetzt, Infektionen wenigstens so lange möglichst vollständig zu vermeiden, bis der Impfstoff Immunität gewährleistet. Obwohl schon damals mehr als zweifelhaft war, ob ein Impfstoff vollständige Immunität herstellen kann, wurden die Eindämmungsmaßnahmen dann weniger mit dem Zeitgewinn zur Ertüchtigung des Gesundheitswesens begründet, als mit dem Zeitgewinn zur Herstellung von Immunität. Im globalen Norden oder im Nationalstaat. Der globale Süden geriet dabei vollständig aus dem Blick. Die Rufe nach Freigabe der Patente der Impfstoffe oder wenigstens Zwanglizenzierung waren lange nicht mehr zu hören und sind mit dem Aufkommen der südafri-

kanischen Omikron-Variante leicht aufgekommen – ohne allerdings breit aufgegriffen zu werden. Dabei ist das Aufkommen dieser Variante der deutlichste Beweis dafür, dass die Pandemie entweder global in den Griff zu bekommen ist oder gar nicht. Die notwendige Diskussion um gesellschaftliche Resilienz, Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, die die Gesellschaft (nicht nur bezogen auf die Individuen) ertüchtigt mit Notlagen besser umzugehen, und Aufklärung, die den Individuen die Möglichkeit gibt, sich selbst und andere besser zu schützen, wurde kaum bis gar nicht geführt.

Stattdessen wurde das «Zeit erkaufen» mit Hilfe «Schwarzer Pädagogik»¹, Repressionsandrohung und Repression, dem Einschränken von Grund- und Freiheitsrechten durchgesetzt. Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, aufsuchende Aufklärung blieben die Ausnahme. Die Kakophonie der Expert*innen und der jahreszeitlich wechselnde Erfolg der Eindämmungsmaßnahmen, die vielfältigen Volten und Widersprüche, die nachvollziehbar sinnvollen und die sinnlosen Maßnahmen waren in dieser teilweise willkürlich anmutenden Weise, wenig vertrauensbildend. Im Gegenteil: Viel Vertrauen in die Veränderbarkeit unseres Gemeinwesens wurde irritiert durch die Tatsache, dass wir aktuell weniger Intensivbetten belegen können (weil das Personal dafür fehlt), als vor der Pandemie. Der Applaus für das Pflegepersonal in der ersten Welle der Pandemie und Dankesworte wurden nicht zu einer kollektiven Anstrengung, um die Arbeitsbedingungen der Pflegenden und des medizinischen Personals zu verändern. Die Bringschuld der Politik bleibt uneingelöst und wird so zum Indikator fehlender Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit.

IMPFKAMPAGNE DORT AM ERFOLGREICHSTEN, WO ELEMENTE AUFSUCHENDER, AUFKLÄRENDER PUBLIC-HEALTH-METHODEN ZUR ANWENDUNG GEBRACHT WERDEN

Dabei war damals zu Beginn der Pandemie schon absehbar, dass eine Wette auf einen Impfstoff, ein Medikament oder eine Maßnahme ein hohes Risiko darstellt, gesundheitspolitisch wie sozial.

Nun hat sich gezeigt, dass die entwickelten Impfstoffe eine hohe Wirksamkeit haben, um schwere Krankheitsverläufe zu verhindern. Zudem ist es offensichtlich so, dass sie auch das Risiko einer Infektion verringern. Die Impfstoffe können aber dennoch eine Infektion und auch in weit geringerem Maße einen schweren Krankheitsverlauf nicht vollständig verhindern. Eine hohe Impfquote in der Bevölkerung schließt allerdings eine Überlastung des Gesundheitssystems (in seiner jetzigen Verfassung) relativ sicher aus. Deshalb ist selbstverständlich für die Impfungen zu werben.

Es ist dafür zu sorgen, dass alle wirksamen Impfstoffe für Erst-, Zweit- und Drittimpfungen zur Verfügung gestellt werden. Und es wäre ausgesprochen sinnvoll, wenn all diejenigen Personen, die in der Lage sind, Menschen zu impfen, umfassend und schnell in die Lage versetzt werden, dies auch praktisch tun zu können. Aufforderungen zu Impfungen verhalten, wenn die Menschen keine zeitnahen Termine bekommen oder für Stunden bei kaltem Wetter für eine Impfung anstehen müssen.

Es ist mehr als bemerkenswert, dass die Impfkampagne dort am erfolgreichsten wirkt, wo Elemente aus der Diskussion um repressionsarme Resilienz, nämlich aufsuchender, aufklärender Public-Health-Methoden zur Anwendung gebracht werden.

Die rot-rot-grüne Regierung in Bremen, in der es eine linke Gesundheitssenatorin gibt, hat es geschafft, durch Impfbusse, aufklärende Sozialarbeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftlicher Akteure den Stadtstaat mit über 80 Prozent Geimpften an die Spitze der Bundesländer zu bringen. Es ist nicht erklärlich, warum dieses Best-Practice-Beispiel nicht in jedem Landkreis der Bundesrepublik möglich sein sollte? (Einschränkend müssen wir anmerken, dass wir hier noch nicht recherchiert haben, wieviel «Schwarze Pädagogik» möglicherweise auch in Bremen zur Anwendung gekommen ist. Aber der Erfolg der aufsuchenden Aufklärung ist evident.)

Auch in Berlin gab es Versuche aufklärender Sozialarbeit und niedrigschwelliger Angebote. Erinnerung sei hier an das Impfen vor IKEA in Lichtenberg, eine Initiative des linken Bezirksbürgermeisters von Berlin-Lichtenberg Michael Grunst und die Impfangebote für Geflüchtete und Obdachlose, organisiert durch die Sozialsenatorin Elke Breitenbach (DIE LINKE). Das solche Angebote nicht flächendeckend ergriffen wurden, zählt zum großen Versagen im Rahmen der Pandemie-Politik.

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN UND SÜNDENBOCKDISKURSE VERSCHLEIERN DEN BLICK AUF FAKTEN UND URSACHEN

Angesichts des Bremer Erfolgs, ist die Diskussion über eine Impfpflicht, wie sie jetzt auch in der Linken sowohl in der gleichnamigen Partei als auch in der gesellschaftlichen Linken geführt wird, wenig aufklärerisch. Sie ist Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber dem Geschwurbel von Impfgegner*innen, Querfrontlern und Querdenkern. Um nicht missverstanden zu werden: Eine Impfquote von 100 Prozent bei denjenigen, bei denen keine medizinische Kontraindikation zur Impfung vorliegt, ist erstrebenswert. Dafür sollte gearbeitet und geworben werden. Verschwörungstheoretiker*innen und Schwurblern muss argumentativ überall entgegengetreten werden. Um erfolgreich zu sein, ist es aber hilfreich, die eigenen argumentativen Mängel zu betrachten. Nach Lage der Dinge lässt sich die Pandemie durch das Impfen entschärfen, aber leider nicht endgültig besiegen.

Zum einen, weil es nicht genügend Impfstoff und Impfkapazitäten gibt, um weltweit eine achtzigprozentige Impfquote zu erreichen. Schon gar nicht, solange die Patente nicht freigegeben werden oder wenigstens eine Zwangslizensierung eingeführt wird und die Impfstoffproduktion alleine den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Verwertung unterworfen ist. In einer globalisierten Welt ist damit, selbst die abnehmende Infektiosität von Geimpften vorausgesetzt, die Ausbreitung des Virus und weiterer Varianten nicht zu verhindern. Beim jetzigen internationalen Status quo der Impfpolitik wird das die Pandemie kaum mehr als abbremsen. Zum anderen hat uns die Delta-Variante vor Augen geführt, dass Mutationen des Virus trotz erhöhter Impfquoten mehr Impfdurchbrüche, weniger Schutz vor Infektiosität und damit auch mehr schwere Krankheitsverläufe bis hin zum Tod zur Folge haben können. Die Folgen von Omikron auf den Impfschutz sind noch völlig unbekannt. Nur anzudeuten, irgendeine Maßnahme, Verpflichtung oder Ähnliches könne absoluten Schutz vor Infektiosität schaffen, macht insbesondere nach den Erfahrungen der letzten 18 Monate schnell unglaubwürdig und demobilisiert die Eigenverantwortlichen und Solidarischen.

SOZIALSTAATLICHE ERRUNGENSCHAFTEN NICHT SCHLEIFEN ODER ABSCHAFFEN

Die Debatte um eine Impfpflicht ist legitim. Sie muss aber konsequent zu Ende gedacht werden, was auch heißt, ihre Umsetzung immer mitzudenken. Eine Debatte um die Impfpflicht sollte aus unserer Sicht auch die eben angeführten Argumente berücksichtigen. Eines sollte aber zumindest klar sein: Egal wie die Entscheidung am Ende aussieht: Eine Impfpflicht wird die derzeitige 4. Welle nicht aufhalten. Und sie macht eine Gesellschaft und ihre Mitglieder nicht dauerhaft immun. In der Debatte darf es aber vor allem nicht dazu kommen, dass über die Impfpflicht sozialstaatliche Errungenschaften geschliffen oder abgeschafft werden. Denn die Debatte läuft im Moment vor allem Gefahr, im Sinne eines Tsunamis grundlegende sozialstaatliche Prinzipien und Forderungen hinwegzufegen. Die Angriffe auf die solidarische Gesundheitsversorgung nehmen ebenso zu, wie die Versuche auf der Ebene von sonstigen Leistungskürzungen eine Impfpflicht durchzusetzen. Was läuft eigentlich schief, wenn ein Professor den Verlust des Krankenversicherungsschutzes bei Verstoß gegen eine von ihm gewünschte Impfpflicht in Erwägung zieht und die Kassenärztliche Vereinigung Berlins eine Beteiligung Ungeimpfter an den Behandlungskosten vorschlägt? Sieht man die Reaktionen mancher Linker in sozialen Netzwerken, stimmen sie hier reflexhaft weit härteren Sanktionsmechanismen bei mangelnder Mitwirkung (auch und gerade in sozial benachteiligten Gruppen) zu, als bei Hartz IV zurecht kritisiert und abgelehnt werden.

Die Debatte um eine Impfpflicht fällt in eine Zeit, wo im Hinblick auf das Auslaufen der «epidemischen Lage von nationaler Tragweite» fast alle ausschließlich auf den Wegfall potentieller Einschränkungmaßnahmen geschaut und dabei erneut vergessen haben, was an infrastruktureller Daseinsvorsorge und Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaftsweise zur Pandemiebekämpfung weiterhin nötig ist. Es muss ja nicht zwingend eine Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit sein, aber ein schneller und unkomplizierter Weg «zur Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln einschließlich Impfstoffen und Betäubungsmitteln, mit Medizinprodukten, Labordiagnostik, Hilfsmitteln und Gegenständen der persönlichen Schutzausrüstung» wäre ausgesprochen hilfreich. Und auch «Maßnahmen zum Bezug, zur Beschaffung, Bevorratung, Verteilung und Abgabe». Diese Möglichkeit im Infektionsschutzgesetz zu erhalten, wäre auch bei Wegfall der «epidemischen Lage von nationaler Tragweite» sicher sinnvoll gewesen.

Die Gesellschaft und in ihr DIE LINKE in besonderem Maße, sollte sich darauf einstellen, mit der Pandemie leben zu müssen (was im Übrigen ja auch für andere Notlagen wie die Klimakatastrophe gilt (siehe: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/15-20_Onl-Publ_Linke_Anforderungen.pdf)).

Nicht nur das Bremer Beispiel, auch die Möglichkeiten einer Diskussion über Resilienz mit einer interdisziplinären Diskussion, wie das Verhältnis von staatlicher Garantie und Ausstattung von öffentlicher Daseinsvorsorge, Solidarität in der Gesellschaft und individueller Freiheit mit Blick auf die bisherige Pandemieerfahrung zeigen auf, dass es eine linke «Marktlücke» geben könnte. Diese «Marktlücke» zu füllen, in dem man sich nicht in der hilflosen radikalen (des «Immermehr-als-Grüne-und-SPD») Pose erschöpft, sondern in allen Politikfeldern verhandlungsfähige Projekte und Forderungen erarbeitet, die, interdisziplinär diskutiert und vorgestellt, ein

mobilisierendes und in sich schlüssiges Bild linker Gesellschaftsvorstellungen ergibt.

DIE FREIE ASSOZIATION DER FREIEN UND GLEICHEN AUS EINSICHT IN NOTWENDIG- KEITEN

Damit muss jetzt angefangen werden. Denn gerade im Hinblick auf die Klimakatastrophe zeigt sich, dass schleunigst infrastrukturelle Vorsorge für Dürre und Hitzewellen einerseits und Flut- und Regenkatastrophen andererseits geschaffen werden muss. Wenn Menschen an Hitze sterben, wird es zu spät sein, über öffentlich zugängliche Kühlräume nachzudenken. Wenn Dürre zu Hungersnot führt, ist es zu spät, über die Ernährungssicherheit nachzudenken. Und wenn die nächsten heftigen Regenfälle zu Überschwemmungen führen, ist es zu spät darüber nachzudenken, ob ein Versiege-
lungsstopp nicht eine gute Maßnahme gewesen wäre.

Carola Bluhm war von 2009 bis 2011 Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales und unter anderem von 2016 bis 2020 gemeinsam mit Udo Wolf Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Abgeordnetenhaus von Berlin. Udo Wolf war von 2009 bis 2020 Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Abgeordnetenhaus von Berlin, davon 2016 bis 2020 gemeinsam mit Carola Bluhm. Halina Wawzyniak war Bundestagsabgeordnete für die LINKE von 2009 bis 2017 und arbeitet als Fraktionsgeschäftsführerin der LINKEN im Abgeordnetenhaus von Berlin.

¹ Schwarze Pädagogik wird hier als ein Begriff für Erziehungsmethoden verwendet, die mit Gewalt und Einschüchterung arbeiten.

Weitere Artikel zum Pandemie-Thema:

- www.rosalux.de/news/id/41965/mit-weniger-freiheitsrechten-wird-staatliches-versagen-bezahlt?cHash=f4f6980195ef0c8a4c308d7ce61f1aef
- www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/15-20_Onl-Publ_Linke_Anforderungen.pdf
- www.rosalux.de/publikation/id/43536/in-der-pandemie-nichts-neues?cHash=a0bde561dfc6797c806a81c9fb4746c2

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 11/2021 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: November 2021
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.